

STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19240713

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Public Domain

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

Die erhöhte preussische Hauszinssteuer.

Vom 1. Juli dieses Jahres ab wird die preussische Hauszinssteuer von 400 auf 600 % und vom 1. Oktober ab auf 600 % der staatlichen Grundvermögenssteuer erhöht.

Diese Erhöhung der Hauszinssteuer kommt ausschließlich dem Staat zugute, und zwar soll das höhere Einkommen dem Geldbedarf des Staates aus Anlaß der Erhöhung der Beamtengehälter dienen.

Durch diese Erhöhung wird die Steuer für die kleinen Hausbesitzer unerschwinglich. An Hauszinssteuer sind beispielsweise jetzt von dem Besitzer eines Einfamilienhauses bei 2,50 M monatlicher Grundvermögenssteuer 12,50 M monatlich oder 150 M jährlich aufzubringen.

Trägt die Friedensmiete (der Friedensmietwert) des Grundstückes weniger als 6 vom Hundert des Veranlagung zur vorläufigen Steuer vom Grundvermögen zugrunde liegenden Steuerwertes, so ist die Hauszinssteuer auf Antrag in der Weise herabzusetzen, daß sie von einer angenommenen Grundvermögenssteuer von 4 vom Hundert der Friedensmiete (des Friedensmietwertes) berechnet wird.

In einem Beispiel sei diese Bestimmung näher erläutert: Der Friedensmietwert eines Einfamilienhauses, der sich in der Regel mit dem vom Katasteramt ermittelten Nutzungswerte deckt, wird mit 324 M bemerkt, wofür monatlich 240 M oder jährlich 2880 M staatliche Grundvermögenssteuer zu zahlen sind.

Da die Hauszinssteuer jetzt 600 % hiervon beträgt, sind in diesem Falle jährlich 1728 M oder monatlich 144 M zu zahlen. 6 vom Hundert des der Veranlagung zugrunde liegenden Grundvermögenswertes ergeben 720 M, wofür 12000 M = 720 M. Da die Friedensmiete jedoch nur 324 M betrug, war sie wesentlich niedriger als 6 vom Hundert des der Veranlagung zugrunde liegenden staatlichen Grundvermögenssteuerwertes.

Es ist also bei diesem Grundstück die Voraussetzung zur Ermäßigung der staatlichen Grundvermögenssteuer vor. Diese ist deshalb von einer angenommenen Steuer von 4 vom Hundert der Friedensmiete zu berechnen, das ergibt 12,96 M jährliche Grundvermögenssteuer (4 von 324 M = 12,96 M).

500 % Hauszinssteuer hiervon ergeben jährlich 64,80 M oder 5,40 M monatlich. Da die Hauszinssteuer nach dem ersten Beispiel 144 M jährlich betragen würde, hat der Hauseigentümer also Anspruch auf eine Ermäßigung um 79,20 M (144 M - 64,80 M = 79,20 M). Einzelne Ermäßigungsanträge sind an die zuständigen Katasterämter zu richten.

Durch die neue Verordnung besteht also für die kleinen Hausbesitzer in den preussischen Vorort- und ländlichen Gemeinden die Möglichkeit, sich von der unerschwinglichen Belastung mit Hauszinssteuer teilweise zu befreien. Es kann deshalb nur jedem Besitzer eines kleinen Hauses dringend geraten werden, möglichst sofort einen Antrag auf Ermäßigung der Hauszinssteuer auf Grund des Artikel 2 der preussischen Steuerordnung bei seinem zuständigen Katasteramt zu stellen.

Weider hat der preussische Senat sich auch jetzt noch nicht dazu bereitfinden können, Klein- und Sozialrentner sowie die bedürftigen Kriegsveteranen von der Hauszinssteuer gänzlich zu befreien, während man den Rentnern noch bis Ende September 1924 Steuerfreiheit eingeräumt hat.

Der preussische Finanzminister hat jedoch eine Erklärung abgegeben, nach der für den Fall der Nichtabnahme der Steuer für den Mieter dem Hausbesitzer die Steuer gefunden oder erlassen werden kann, so daß für den zur Miete wohnenden Mieter immerhin die Möglichkeit der Steuerbefreiung besteht.

Zur Deckung des erhöhten Forderungsbedarfs der Gemeinden ist denselben durch die neue Verordnung das Recht eingeräumt, Zuschläge zur Hauszinssteuer bis zur Höhe von 100 % der staatlichen Grundvermögenssteuer zu beschließen. Ist die Hauszinssteuer gemäß Artikel 2 der Verordnung herabgesetzt, so ist der Steuerpflichtige von der Entrichtung des Gemeindezuschlages befreit.

Eine Umlegung der Hauszinssteuer auf die Mieter ist vom 1. Juli an nicht mehr gestattet, vielmehr hat der Hausbesitzer die Hauszinssteuer aus der ihm vom 1. Juli ab zu zahlenden, bedeutend erhöhten gesetzlichen Miete zu entrichten. Dagegen ist der Hausbesitzer berechtigt, einen etwa von der Gemeinde erhobenen Zuschlag zur Hauszinssteuer umzulegen.

Herm. Blohm, Tonndorf-Lohe.

Advertisement for Cavalin and Nivodont. Cavalin is described as a remedy for warm days, and Nivodont as a remedy for a sore throat and toothache. The ad includes an illustration of a man and a woman and the text 'Überall erhältlich!'.

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Gustav Stengels zum Gedächtnis. In der nächsten Zeit erscheint im Verlage der Buchhandlung Auer & Co. Gustav Stengels, Satiren und andere Zeitgedichte. Die Buchhandlung Auer & Co. entspricht mit dieser Auswahl von Gedichten aus der Feder unseres leider so früh verstorbenen Kollegen und Parteigenossen Gustav Stengels einem seit langem aus weiten Kreisen geäußerten Wunsch.

Jubiläumskongress der Methodistenkirche.

In diesen Tagen wird in Hamburg die diesjährige Tagung der Norddeutschen Konferenz der Methodistenkirche abgehalten. Diese Kirche ist aus einer tiefgehenden Glaubensbewegung des 18. Jahrhunderts hervorgegangen, die besonders in England das Volkleben stark beeinflusst hat. Wie in Deutschland zur Zeit des Pietismus, so hatten sich auch dort viele kleine Kreise erbauungsreicher, Hausversammlungen und Versammlungsstätten gebildet, weil die traurigen Zustände in Kirche und Gesellschaft die Seelen unbeschäftigt ließen.

Die Einwanderungsbedingungen nach den Vereinigten Staaten von Amerika.

Bekanntlich ist von den geographischen Körperlichkeiten der Vereinigten Staaten das Einwanderungsrecht geregelt worden. Bei der großen Bedeutung, die die Einwanderungsfrage in diesem Weltteil, besonders für Deutschland hat, ist es von allgemeinem Interesse, die neuen Vorschriften zu kennen, da fast jeden zweiten oder dritten Deutschen Beziehungen persönlicher oder wirtschaftlicher Art mit diesen Weltteilen verbinden. Man hat die Amerika-Verträge in drei Gruppen eingeteilt: in Quoten-Einwanderer, die auf die gesetzlich festgelegte Quote anzurechnen werden; in Einwanderer, die nicht unter die Quote fallen, und in solche Reisende, die als Nicht-Einwanderer behandelt werden.

Vom hiesigen amerikanischen Konsulat gehen uns hierüber die folgenden Einzelheiten zu: Am Montag, 14. Juli 1924, einschließlich, wird das amerikanische Konsulat Einwanderungsbüro ausstellen, die zu einem Besuch der Einreise in die Vereinigten Staaten von Amerika innerhalb eines Zeitraumes von vier Monaten oder weniger vom Tage der Ausstellung der Visa berechtigen. Die Ausstellung der Visa erfolgt auf Grund der nachstehenden von der Regierung der Vereinigten Staaten erlassenen Bestimmungen:

Quoten-Einwanderer.

(Das heißt solche Einwanderer, welche auf die durch das Einwanderungsgesetz festgelegte Quote anzurechnen sind.) Der vorstehenden Gruppe werden Visa in der folgenden Rangordnung erteilt:

- a) dem Vater, der Mutter, dem Gatten, der Frau und dem unverheirateten Bruder unter 21 Jahren eines Bürgers der Vereinigten Staaten, der das 21. Lebensjahr erreicht oder überschritten hat.
b) gelebten Verwandten und ihren Frauen und unterhaltungsbedürftigen Kindern unter 18 Jahren.
c) Personen, die bereits im Besitz eines mit einem Ausweis-Visum nach den Vereinigten Staaten verfahren sind.
d) alle anderen Personen, die nach den Vereinigten Staaten auszuwandern beabsichtigen.

Die unter c) fallenden Personen dürfen sich nicht persönlich am Konsulat melden. Es wird ihnen schriftlich mitgeteilt werden, wann sie sich zur Einreise ihres Antrages einstellen sollen. Die unter d) fallenden Personen dürfen nur schriftlich und nicht persönlich am Auftrage einer Zeit zur Entgegennahme ihres Antrages erscheinen. Ein solcher Zeitpunkt wird ihnen so bald wie möglich aufgegeben werden.

Bei einem brieflichen Besuch muß folgendes mitgeteilt werden: Zahl und Namen der zu reisenden Familienmitglieder; Geburtsort eines jeden Familienmitglieds; Beschäftigung eines jeden Familienmitglieds; Name, Adresse und Verwandtschaftsgrad des nächsten Verwandten in den Vereinigten Staaten, mit der Angabe, ob er amerikanischer Bürger ist.

Die Einführung der Kurzarbeiterunterstützung — eine Notwendigkeit.

Der Deutsche Textilarbeiterverband, der Zentralverband der deutschen Textilarbeiter, und der Reichs-Deutscher Gewerkschaftsbund haben gemeinsam eine Eingabe an die Reichsregierung gerichtet, in der ausgeführt wird:

In den letzten Wochen hat sich besonders in der Textilindustrie die Geschäftsfrage außerordentlich verschlechtert. Sehr viele Betriebe haben erhebliche Arbeitsbeschneidungen vorgenommen. Die Zahl der Kurzarbeiter ist stark gestiegen; viel größer jedoch ist die Zahl der Kurzarbeiter. In den meisten Betrieben werden in jeder Woche nur noch einige Tage gearbeitet, oder die Betriebs-einstellung erfolgt in der Weise, daß man eine Woche um die andere arbeiten läßt. Die Einkommensverhältnisse für die beschneideten Beschäftigten, vor allem aber für die Familienmitglieder, sind so ungünstig, daß die Familien in die allergrößte Notlage geraten. Da die Kurzarbeit zum Teil schon seit einigen Monaten anhält und sich fortgesetzt verschlechtert, ist schnelle Hilfe dringend geboten.

An welchem Umfang die Kurzarbeit in der Textilindustrie zugenommen hat, beweisen folgende Zahlen, die sich aus der Kurzarbeiterunterstützung des Deutschen Textilarbeiterverbandes für die Monate Mai/Juni ergeben: Im Mai waren von den bei der Färbung erfassten 876 476 Mitgliedern 2 320 = 0,27 % Kurzarbeiter. Das gleiche Verhältnis zwischen Mitgliedern und Kurzarbeitern ist auch in den anderen Verbänden festzustellen. Für die Gesamtindustrie ergibt sich das selbe Bild, so daß die Zahl der Kurzarbeitenden Textilarbeiter gerade 275 000 betragen dürfte. Inzwischen sind durch die bei den Verbandsleitungen einlaufenden Mitteilungen diese Zahlen schon wieder weit überholt worden. Bei der ständig fortschreitenden Verschlechterung des Geschäftsganges in der Textilindustrie ist damit zu rechnen, daß Ende Juli mindestens 70 % aller in der Textilindustrie Beschäftigten beruht arbeiten werden.

Die Notenden Familien der Kurzarbeitenden Textilarbeiter ist heute schon in unbeschreiblicher Weise bedrückt. Die Kurzarbeiter weniger, als im Falle gewöhnlicher Arbeitslosigkeit an Unterstützung gebietet wird. Zum Beweise führen wir einige typische Fälle aus M.-Glückstadt an:

- 1. Der Durchschnittslohn eines Sudfließwebers beträgt 51 1/2 pro Stunde, unter Eingangsrechnung von je 1 1/4 für die nicht erwerbstätige Frau und zwei Kinder unter 14 Jahren 54 1/2 pro Stunde. Die 10tägige Arbeitszeit verdient dieser Weber..... 8,64 M. Davon gehen ab: Krankenkasse (Klasse 7)..... 1,18 M.
Erwerbslosenbeitrag..... 44
Invalidentversicherung..... 40
Steuer..... 2,09
Ausgespeicher Lohn für eine Woche..... 6,97 M.
2. Ein Hilfsarbeiter mit gleichem Familienstand erhält 45 1/2 pro Stunde. In 16 Arbeitsstunden ergibt das..... 7,20 M. Davon gehen ab: Krankenkasse (Klasse 6)..... 38
Invalidentversicherung..... 30
Steuer..... 1,60
Ausgespeicher Lohn für eine Woche..... 5,80 M.

Die Unterstützung im Falle völliger Arbeitslosigkeit beträgt für einen verheirateten Mann mit zwei Kindern 9,94 M., so daß der tatsächlich erzielte Verdienst im ersten Beispiel um 2,93 M.

prediger sein konnten. Da die Staatskirchen gegen den Methodismus scharfe Maßregeln ergreifen, war die Einführung eines selbständigen Kirchenwesens nicht zu vermeiden. Durch die Auswanderung kam die Glaubensbewegung der Methodisten nach Amerika. Dort gab es keine Staatskirche, weshalb die Methodisten, wenn sie religiös versorgt sein wollten, feste Gemeinden bilden mußten. Im Laufe der Zeit verbreitete sich der Methodismus über fast alle Länder der Erde. In Deutschland wird seit 1840, durch die Vorgänge der Auswanderung nach Amerika dazu geführt, die Methodische Methodistenkirche. In diesen 75 Jahren hat sie in allen Teilen des Reiches, in der Schweiz, in Desterreich, Ungarn, Serbien, Bulgarien, kurz in allen Staaten des Weltlandes, Fuß gefaßt. An der Konferenz, die hier stattfand, vereinigten sich die Prediger und Gemeindevorstände aus Norddeutschland. Auch Angehörige aus den unglücklichen Ländern sind anwesend. Diese Jubiläumskonferenz ist um so mehr bemerkenswert, als auch das methodische Diakonienwesen auf sein 50jähriges Bestehen zurückzuführen kann. In Hamburg befindet sich das Mutterhaus für Norddeutschland mit Schwesterheim und Kranken- u. -Wohlfahrtsheim in Spandau. Den Vorsitz in der Konferenz führt Bischof D. Dr. R. R. Kuffner. Er ist der Begründer der amerikanischen Methodistenkirche für Deutschland und hat auch für die anderen benachteiligten Länder, besonders England, viel getan. Wegen seiner hervorragenden Verdienste hat die Berliner Universität ihm ehrenvoller die Würde eines Doktors der Theologie verliehen. Am heutigen Sonntag predigt er in der St. Petri-Kirche nachmittags 3 1/2 Uhr über das Thema: 'Weltmethodismus und Weltverbrüderung'.

Die Hamburger Philologen zur Reform der Höheren Schulen und zur Einheitschule.

Der Hamburger Philologenverein hielt unter dem Vorsitz von Oberlehrer Dr. Lindemann im Wilhelm-Gymnasium seine zweite ordentliche Mitgliederversammlung ab. Nach den geschäftlichen Mitteilungen referierte der erste Vorsitzende in längeren Ausführungen über den Philologentag in Göttingen. Oberlehrer Dr. Wöhe sprach darauf eingehend über die preussische Schulreform nach den Vorlesungen von Dr. Lindemann. Als die beiden wichtigsten Grundsätze dieser Reform haben zu gelten: 1. Die Erziehung des Menschen zu vier besonderen Typen, entsprechend der vier Schichten des menschlichen Geistes, nämlich: der Naturwissenschaften, der Kunst, der Philosophie und der Religion. 2. Quantitative Entlastung der Schüler durch die Verminderung der Pflichtstundenzahl in der Woche (von 6 auf 5 Unterrichtsstunden täglich). Nach längerer Aussprache nahm die Versammlung den Bescheid über die Bildung der Philologen an. Der Hamburger Philologenverein hat heute grundsätzliche Beschlüsse gegen die in Preußen durchgeführte Schulreform, insbesondere gegen die Aufgabe des Prinzips der allgemeinen Bildung. Der Verein würde in der Übertragung dieser Reform auf Hamburg, namentlich solange hier die Unterrichtsreform der höheren Schulen im Gegensatz zu Preußen nur 8 Jahre beträgt, eine untragbare Schwächung des höheren Bildungswesens sehen. Die von dem schulpolitischen Ausschuss aufgestellten beiden ersten Forderungen: Rückgabe des Bestimmungsbereiches über den Bildungsgang der Kinder an die Eltern, sowie Wiederherstellung der 9-jährigen Unterrichtsreform für die höhere Schule, wurden von der Versammlung einstimmig angenommen. Der genannte Ausschuss dieser Beschlüsse wird gleichzeitig mit den anderen schulpolitischen Forderungen später veröffentlicht werden.

Eine Kritik der Philologenschlüsse befaßten wir uns vor, wenn die Beschlüsse wirklich weichen. Aber schon aus der kurzen Mitteilung, des so weit unverständlichen Beschlusses, daß in Zukunft wieder alle Dummköpfe auf den höheren Schulen zugelassen werden sollen, was die Eltern nur zahlen können, erhebt man, was und droht, wenn jene Herrschaften die Regierung in die Hände bekommen.

Die Einwanderungsbedingungen nach den Vereinigten Staaten von Amerika.

Papiere und Dokumente müssen nicht durch die Post zugesandt werden, da das Vorzeigen derselben bei einem brieflichen Besuch nicht nötig ist.

Die Erteilung des Beschlusses wird schneller vor sich gehen, wenn ein selbstbestimmter frankierter Umschlag beiliegt. Solche Briefe sind an:

Das amerikanische Konsulat (Post-Abteilung) zu adressieren.

Nicht unter die Quote fallende Einwanderer.

Deutsche Einwanderer, die einer der folgenden Klassen angehören, sind nicht auf die Quote anzurechnen:

- a) das ledige Kind unter 18 Jahren oder die Frau eines Bürgers der Vereinigten Staaten, der in den Vereinigten Staaten seinen Wohnsitz hat.
b) ein früher rechtmäßig zugelassener Einwanderer der Vereinigten Staaten, der von einem Besuch im Auslande dorthin zurückkehrt.
c) Personen, die mindestens während der letzten zwei Jahre vor der Beantragung des Einreisewillens einen Beruf als Bediener irgendwelcher Konfession, oder als Professor an einer Universität, einer Akademie, eines Seminars, einer Hochschule ausgeübt haben und nach den Vereinigten Staaten auszuwandern beabsichtigen in der alleinigen Absicht, diesem Beruf weiter nachzugehen, sowie deren Frau und ledige Kinder unter 18 Jahren.
d) bona fide Studenten, die über 15 Jahre alt sind und nach den Vereinigten Staaten auszuwandern beabsichtigen zum Zwecke des Studiums an einer staatlich anerkannten Lehranstalt, die von ihnen besonders bezeichnet und vom amerikanischen Arbeitsminister genehmigt ist.

Die oben bezeichneten Personen können persönlich beim Konsulat vorsprechen, jedoch Ausnahmestellung und Festsetzung einer Zeit zur Entgegennahme ihres Antrages.

Nicht-Einwanderer.

Die folgenden Klassen von Personen werden nicht als Einwanderer betrachtet:

- a) Regierungsbeamte, deren Familien, ihnen zugehörige Personen, ihr Dienstpersonal und ihre Angehörigen.
b) Personen, die die Vereinigten Staaten vorübergehend als Touristen, Geschäftsbesucher oder zum Vergnügen besuchen.
c) Personen, die sich auf unterbrochener Durchfahrt durch die Vereinigten Staaten befinden.

Den vorstehend bezeichneten Personen werden Visas ohne Durchsicht ausgestellt, im Gegensatz zu Einwanderungsbüros. Sie werden aufgefordert, persönlich beim Konsulat zu erscheinen, um weitere Ausnahmestellung und Festsetzung einer Zeit zur Entgegennahme ihres Antrages.

Sicherheitsmerkmale werden täglich, außer Sonnabend, im amerikanischen Konsulat, Hamburg, Reinhardestraße 58, von 9 bis 11 Uhr morgens bis 1 Uhr mittags angenommen. Sonnabends werden keine Gesuche angenommen.

Im zweiten um 8,84 M hinter dem Betrag der Gewerkschaftenunterstützung zurückbleibt.

Der Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung seitens der Länder fehlt die notwendige Zustimmung der Reichsregierung. Daher richten wir das dringende Ersuchen an die deutsche Regierung, den Ländern nicht nur die Zustimmung zur Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung zu geben, sondern die Landesregierungen direkt anzuweisen, daß angefallen der großen sozialen und wirtschaftlichen Notlage, in der die kurzarbeitende Bevölkerung sich befindet, die Kurzarbeiterunterstützung umgehend einzuführen ist. Mangel an Mitteln darf diesem nur als berechtigten Verlangen gegenüber nicht geltend gemacht werden.

Wenn es gilt, die viel weiter Volkstreue zu lenken, dürfen diese Geldmittel getätigt werden, um die Reichsregierung unsere Ansicht über die beschleunigte Bildung von Gefahren-gemeinschaften zur Arbeitslosenversicherung zu unterbreiten. Wie würden es für richtig halten, wenn das ganze Reichgebiet zu einer Gefahrengemeinschaft zusammengefaßt werden könnte. Ist diese nicht schnell genug durchzuführen, so würde es sich empfehlen, daß jedes Land eine Gefahren-gemeinschaft bildet. Eine weitere Dezentralisierung dürfte sich für viele Vorteile als schädlich erweisen.

Volkswirtschaft.

Wagnisbericht vom Warenmarkt.

In den letzten beiden Wochen ist keine wesentliche Veränderung in der Geschäftslage auf den Warenmärkten eingetreten. Anders sieht es mit der Preisentwicklung; es ist fast allgemein im Einklang mit den Auslandsmärkten eine steigende Tendenz zu beobachten, und zwar insbesondere für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Bei den letzten die in der Hauptstadt die Erwartung der von der Regierung zugunsten der Landwirtschaft in Aussicht genommenen steuerlichen Maßnahmen ausschlaggebend gewesen sein. Diese nur auf die Möglichkeit der Einführung von Schutz-zöllen eingetretene Preisentwicklung ist ein solgender Beweis dafür, daß dieser Schutz von den interessierten Kreisen nicht nur angefordert wird, um der Landwirtschaft den nötigen Absatz für ihre Produkte zu schaffen, sie überhaupt der Volkswirtschaft zu nützen, sondern um die Möglichkeit zu haben, Preise zu erzielen, die einen weit höheren Wert abwerfen. Derselbe Erscheinung würde auch bei anderen Artikeln bei Einführung von Schutz-zöllen im Interesse des Staates wiederzuerwarten, wenn die Allgemeinheit rücksichtslos geschädigt wird, indem den nur auf Sonderinteressen eingestellten Kreislauf in ihrem Betreiben nach Aufrechterhaltung eines hohen Preisniveaus gemäßigter Vorzug geleistet wird. Hierzu darf der Staat nicht seine Hand reichen. Im übrigen zeigen die Warenmärkte folgende Entwicklung. — Auf dem Kaffeemarkt war in der letzten Zeit eine Belebung der Geschäftstätigkeit zu beobachten, vor allem war das Ausland, soweit Bedarf und Zahlungsmöglichkeiten vorhanden, mit Aufträgen im Markt. Die anhaltend steigenden Forderungen der Produktionsländer übten auf den hiesigen Markt die entsprechende Wirkung aus. Die revolutionären Vorgänge in Brasilien haben mit den niedrigen Wechselkursen in der letzten Woche auf den hiesigen Markt einen erheblichen Einfluß gehabt, der jedoch infolge der eingetretenen günstigen Wendung in der politischen Lage wieder ausgeglichen ist. — Der Getreidemarkt hat dagegen wieder an der vorübergehenden Besserung der Geschäftslage eingebüßt. Die wirtschaftlichen Verhältnisse lassen im Inlande keine Unternehmungslust aufkommen, auch das Abkühlungsgeschäft ließ zu wünschen übrig. Die Tendenz an den

Auslandsmärkten war sehr fest, so daß sich auch die hiesigen Preise trotz des geringen Geschäftes behaupten konnten. — Der Reisemarkt lag anhaltend ruhig, auch das Exportgeschäft war sehr gering. Einmal nachfrage bestand auf Weizen. Die Borgänge an den Auslandsmärkten übten auf den deutschen Markt infolge der Geschäftslage ohne Einfluß. — Der Getreidemarkt hand immer noch im Zeichen der Geschäftslage. Dieser Zustand ist auf diesem Marktgebiet schon seit Monaten zu beobachten. — Der Getreide- und Mehlmarkt wurde nach wie vor von der Geldfrage geschäftseinschränkend beeinflusst. Die Weltmärkte zeigten eine feste Tendenz, und die Forderungen stellten sich gegenüber den hiesigen Notierungen so hoch. Die deutschen Preise waren deshalb in letzter Zeit auf mehrfachen Schwankungen unterworfen. Fortgesetzten Preissteigerungen folgten zeitweise leichte Reaktionen. Die in- und ausländischen Getreidemärkte hatten jedenfalls ein unsicheres Gepräge, da noch nicht abzusehen war, wie die Enterteträge ausfallen werden und welche Lebensbedingungen der einzelnen Länder in Frage kommen. Erst nach einer in diesen Punkten gewonnenen Klarheit wird die Preisentwicklung in bestimmtere Bahnen gelenkt werden. Die Inlandsnachfrage an Weizen und Roggen ist noch sehr umfangreich, so daß die letzten zu berechnenden geringeren Einfuhren an Auslandsgetreide den Markt nicht beeinflussen konnten. — Die Nachfrage des In- und Auslandes nach Zucker war in der letzten Woche etwas besser, so daß die Fabriken höhere Forderungen stellten. Wie sich die Preise weiter entwickeln werden, hängt ganz davon ab, wie sich die Geldverhältnisse in Deutschland gestalten und ob einer weiteren Ausfuhrerleichterung stattgegeben wird. Allerdings wird die deutsche Nachfrage auch von der Festhaltung des Weltmarktes — der wiederum in der Hauptsache von der Entwicklung der Japa- und Kubanernte beeinflusst wird — abhängig sein. Die Auslandsmärkte wiesen in der letzten Zeit eine anhaltende Festigkeit auf. — Ein ganz bedeutender Umschwung ist in den letzten beiden Wochen in der Buttermarkt eingetreten. Die Notierungen betragen in der Woche vom

in Hamburg Berlin

Table with 2 columns: Date (24. Juni bis 30. Juni, 31. Juni, 1. Juli, 6. Juli, 12. Juli) and two columns of prices (1,45, 1,40, 1,93, 1,80, 1,79, 1,70).

24. Juni bis 30. Juni 1,45 1,40
31. Juni 1,93 1,80
1. Juli 1,79 1,70
6. Juli 1,79 1,70
12. Juli 1,79 1,70

für 1 Pfund, Wagnispreis mit den Wollereien. Diese Preisbewegungen können bei einer zunehmenden Produktion nicht zu hoch besteuert und können nur auf Sonderbedingungen zurückgeführt werden. Das Angebot genügt nicht, um der großen Nachfrage gerecht zu werden, so daß bei den neuen deutschen Preisen wieder auf Auslandsbutter zurückgegriffen werden konnte. Deutsche Ware ist jetzt in der Hauptproduktionszeit auf seinen Fall ausreichend vorhanden zur Deckung des Inlandsbedarfs. Wir sind deshalb auf Auslandsbutter angewiesen, die nicht durch Maßnahmen der deutschen Regierung unmöglich gemacht werden dürfen. — Die Margarineindustrie hat nach wie vor unter schlechten Absatzverhältnissen zu leiden. Die Preise sind immer noch unverändert und stellen aufsehend keine ausreichende Rentabilität dar. Es sind deshalb auch diese Fabriken der neuen Neugründungen während der Inflationszeit in finanzieller Schwierigkeit geraten, die in Konjunkturbeuge Stellung unter Geschäftsaufficht ihren Ausklang fanden. — Die Stellung unter Schwierigkeiten geraten, die in Konjunkturbeuge Stellung unter Geschäftsaufficht ihren Ausklang fanden. — Die Stellung unter Schwierigkeiten geraten, die in Konjunkturbeuge Stellung unter Geschäftsaufficht ihren Ausklang fanden.

Es wurde bisher stets ein Exportsubsidium zum Wohle unserer Volkswirtschaft für notwendig gehalten. Die Durchführung der vorgeschlagenen Zollpolitik würde aber gerade das Gegenteil der Ziele haben, da solche Maßnahmen stets Gegenmaßnahmen des Auslandes hervorriefen. Der eben aufgetauchte Nachschub an natürlichen Holz nach dem unzulässig mit Unterbrechung der Regierung wieder zurück gemacht werden. Die Regierung kann sich doch nur dann gegen alles, was sich gegen unsere Wirtschaft wendet, erheben, wenn sie selbst vorbildlich in Interesse unserer Volkswirtschaft wirkt.

Rohlenpreis und Eisenmarkt.

Der Eisenmarkt, 12. Juli. Die Ermäßigung der Rohlenpreise um 20 % hat es dem Reichsregierungsminister ermöglicht, zur Erleichterung der bedrängten Lage des besetzten Gebietes und in der Hauptstadt des Ruhrgebietes eine Zerkleinerung in finanzielle Verhältnisse mit dem besetzten Gebiet einzuführen, die in ihrer Auswirkung jedoch der Allgemeinheit zugute kommt. Um ihrer Auswirkung jedoch der Allgemeinheit zugute kommt, um ihrer Auswirkung jedoch der Allgemeinheit zugute kommt.

Polnische Zollermäßigungen.

Warschau, 12. Juli. Auf Grund eines Ministerratsbeschlusses wurden am 10. Juli bis zum 1. 10. 1924 in den vor kurzem eingeführten neuen zollfreien Zollfrei neue Einfuhrzollermäßigungen durchgeführt, die sich vor allem auf die Einfuhr von Roggen und Weizenmehl, Fleisch, Schmalz, Leder, Reis, Wein und Baumwollwaren beziehen. Die Einfuhrzölle für Roggenmehl werden um 40 % für Weizenmehl um 20 % reduziert. Die Einfuhr von Fleisch (Geflügelfleisch, gefrorenem und frischem Fleisch) ist vollkommen zollfrei. Von Schmalz werden für Leder und Oberleder nur 60 %, von Reis und Baumwollwaren nur 80 % der bisherigen Zollsätze erhoben.

Wirtschaftliche Umschau.

Die Reichsbankgefälle für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) betragen nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für Mittwoch, 9. Juli, das 1,9 billionenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung von 1,7 b. S. gegenüber der Vorkriegszeit (1,7 Billionen) ist in der Hauptsache auf die stärkere Verdrängung der Preise für Kartoffeln neuer Ernte zurückzuführen. Bei einem Teil der in der Berechnung einbezogenen Lebensbedürfnisse, so namentlich bei der Bekleidung, sind weitere Preisrückgänge zu beobachten.

Die oberpreussische Wagnisliste kündigt wegen Abschlusses ihrer Hochzeiten in Thüringen und legt die hiesigen Ereignisse dar. Der Betrieb in der Oberpfalz arbeitet weiter.

Unser Dichter hat bekanntlich die letzten Lebensjahre seines Lebens in Hamburg zugebracht. Er lebte seit 1774 ein Haus in der Rönnekestraße (Nr. 50). Als dieses Haus der modernen Zeit zum Opfer fallen sollte, hat das Museum für Hamburgische Geschichte in pietätvoller Weise sich ein von Klopfers bewohntes Zimmer gesichert. Dede sowie Bier- und Öfenstücke befinden sich im Räume XXVII des Museums, jenes Schloß, das Platen aus Hoffmann, untergebracht. Wir Schmecker erwiderten Gedächtnis an Klopfers, von Peter Müller (dem Vater von Meta, Klopfers erster Frau) von Frau Johanna Klopfers (Schwester von Winkler, geb. Dimpfel) (Metas Nichte und Klopfers langjähriger Freundin, der sich der Dichter, 67 Jahre alt, vermählte). Ein Besuch dieses Klopfers-Zimmers sei den Lesern besonders empfohlen. Man veräume auch nicht, den nebenan liegenden Raum XXI zu betreten, der vor allem durch seine Bildnisse von hamburgischen Dichtern und Schriftstellern gut in jene Zeit einführt. Das Museum ist Sonntags bis Mittwochs von 10 bis 4 Uhr geöffnet.

Eine Waise Klopfers ist an dem Erbschaft für das alte Wohnhaus des Dichters in der Wagnisstraße angebracht. An derselben ist durch einen Antrag von Schellen in den hamburgischen Farben die Erbschaft des vor 200 Jahren Gelebten zum Ausdruck gebracht worden.

Zum Schluß sei nochmals der Klopfers-Ausstellung in der Bibliothek Erwähnung getan. Sie zeigt Bilder von Klopfers, von seinem Geburtshaus in Quebeck, von seiner Wohnung auf dem Friesbofe in Otzenau und andere. Ferner sind verschiedene Werke des Dichters in ihrer ersten Ausgabe, Kompositionen von einzelnen Dichtungen, Unterlegungen seines Hauptwerkes, des 'Messias', in eine ganze Reihe fremder Sprachen, unter anderem ins Englische, Holländische, Französische, Italienische, Russische dort ausgestellt. Endlich möge noch auf mehrere Handschriften des Dichters sowie seiner beiden Gattinnen verwiesen werden. Die Ausstellung ist wöchentlich von 1 bis 8 Uhr geöffnet.

Das Museum ist Sonntags bis Mittwochs von 10 bis 4 Uhr geöffnet.

Das Museum ist Sonntags bis Mittwochs von 10 bis 4 Uhr geöffnet.

Die „Aufbesserung“ der untersten Beamtengehälter.

W. Krafft, Vertrauensmann der Hamburgischen Finanzbeamten, schreibt uns:

Durch die Besoldungsregelung vom 24. Mai 1924, die den Beamten der unteren Gruppen eine Aufbesserung ihrer Bezüge um 17 % und denen der oberen bis 71 % brachte, wurde in der unteren Beamtenschaft eine große Erregung hervorgerufen. Nach der Bekanntgabe dieser Aufbesserung haben die Beamtensorganisationen sofort Einspruch dagegen erhoben und Eingaben an die Kommission des Reichstages gerichtet. Bei der Beratung im Reichstage über Aufbesserung der unteren Beamtengruppen sind die Fraktionen zumeist mit wenigen Ausnahmen mit kurzen Worten darüber hingegangen, ohne den Mut gehabt zu haben, dem Regierungsvorschlag zu widersprechen, und nachstehendes Ergebnis ist den unteren Beamtengruppen II mit zwei Kindern erhält nach Angabe von Erlang, M. d. R. in Berlin 143 M. Dem muß gegenübergestellt werden, daß ein lediger Beamter der Besoldungsgruppe II in Hamburg — welches gewiß auch ein teures Plätzchen ist — mit seinen gesamten Zulagen 94,50 M. erhält.

In den Tageszeitungen wurde bekanntgegeben, daß vom Reich die Aufbesserung der unteren Beamtengehälter 71 % Millionen Mark zur Verfügung gestellt sind. Wie die Aufbesserung in Wirklichkeit ausfällt, soll in nachstehendem klar zu machen versucht werden.

Nachdem erhalten die Beamten der Gruppe II während ihrer ersten 8 Besoldungsjahre gar nichts — Aufbesserung der unteren Beamtengehälter. Von hier ab erhalten sie ein Mehr von monatlich zwei Mark; steigend bis zu acht Mark mehr pro Monat. Ich glaube bestimmt, daß verschiedene untere Beamte den betreffenden Herren, welche diese Besoldungsregelung ausgearbeitet haben, nur wünschen, daß sie das Anfangsgehalt der Gruppe II für die Dauer von 8 Monaten bezögen.

Nebenfalls würde dann bei der nächsten Besoldungsregelung etwas Ersparsicheres herauskommen.

Wenn man diese „großen Aufbesserungen“ der unteren Beamtengruppen betrachtet — ein großer Teil erhält gar nichts — dann muß man zu der Überzeugung kommen, daß die neu geschaffenen Volkswirtschaftler, im Gegensatz zu ihren vor der Wahl öffentlich abgegebenen Versprechungen, das Unrecht nicht nur nicht vermindern, sondern diese direkt vergrößern. Die Besoldungsregelung unserer Beamtensorganisationen ist sogar hinsichtlich der Besoldungsbedingungen.

Reichswehrmilitär und Reichswehrminister.

An der Spitze unserer Wehrmacht steht seit Jahren ein Demokrat und Republikaner, dem es nach all seinen Taten im Reichstags-Herzogsache zu sein scheint, die Sympathie des Volkes für die Reichswehr zu erwerben. Leider scheint er das richtige Rezept noch nicht gefunden zu haben. Im alten Militärjargon schmeißt man es besser, den Militarismus dem deutschen Völkchen zu machen. Wozu hatte man denn über 600 Militärlapellen? Man schickte sie einfach auf Reisen, zeigte den schneidigen Stabströmper hoch zu Ross mit der Panzerkumpete in der Hand schon auf den Messingplätzen, hatte außerdem noch verschiedene farbige Musikmeister und Pauker oder ausländische Musikanten ansprengeln und wußte, wie man sein Publikum einzufangen hatte. Wurden dann noch die Erinnerungen an 1870/71, das Schlachtenpotpourri von Saro geistert, dann befand das Publikum sich in der Stimmung, in der man es als Kanonenfutter gebrauchen kann.

Seit dem 6. Jahre haben wir eine Republik, deren Anhänger auf ihre Raben gefährlichen haben: „Wie wieder Krieg!“ Haben diese Anhänger der Republik und der Verfassung der Völker nicht ein Interesse daran, die künftige Erzeugung der Kriegsstimmung und eine Propaganda für den alten Militarismus durch republikanische Organe zu unterbinden? Die jetzige Wehrmacht ist zum Schutze der Republik geschaffen und hat auch bewiesen, daß sie die Republik schützen kann, wenn der richtige Mann an der Spitze steht. Hat man seinerzeit die Militärlapellen zur Verherrlichung des Militarismus und der Monarchie benutzt, so hätte man nach Errichtung der Republik daran denken sollen, diese Propagandamittel entweder gänzlich abzuschaffen oder aber so umzuwandeln, daß sie ein Instrument der Republik wurden. In dieser Richtung ist jedoch nichts geschehen. Im Verhältnis zur Größe der jetzigen Wehrmacht (100.000 Mann) ist die Zahl der Militärlapellen immer noch sehr groß, ungefähr 160 Militärlapellen und Musikabteilungen mit 8500 bis 4000 Mann. In manchen Grenzbereichen befinden sich 5 bis 6 Militärlapellen. Bestehen diese republikanischen Militärlapellen sich nun im Sinne der Republik? Im Gegenteil! Bei allen Veranlassungen der antirepublikanischen Vereine und Verbände, bei allen Schülern

festen und Kriegervereinsparaden, bei denen die Feinde der Republik offen gegen die Republik und ihre Anhänger Stellung nehmen, die Farben der Republik verböhnen und die Monarchie hochheben lassen, spielen die Militärlapellen in Uniform die alten Marsche und Militärmusik, die Schlachtenpotpourri von Saro und all die nationalstolischen Stimmung erzeugenden Musikstücke. Die reaktionären und den alten Militarismus beherrschenden Kreise wissen, warum sie sich die Militärlapellen, die oft Hunderte von Kilometern fahren müssen, verschaffen haben. Dieser Mummel wird in letzter Zeit anscheinend vom Reichswehrministerium selbst noch gefördert. Denn welchen Zweck sollte es sonst wohl haben, wenn der Armeemusikinspizient Prof. Brauert eine Anzahl von Reichswehrkapellen zusammenzieht und mit ihnen im Reich umherzieht, um mit dem Parier Eingangs- marsch, dem großen Zapfenmarsch, dem Schlachtenpotpourri von Saro Stimmung zu erzeugen? Daß die nationalstolische und monarchistische Stimmung der Republik nicht förderlich sein kann, dürfte wohl mit der Zeit selbst die Republikaner einsehen, die feinerzeit glaubten, auf die Reichswehrkapellen nicht verzichten zu können. Auch der demokratische und republikanische Reichswehrminister wird nicht umhin können, dieser Frage etwas mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Aus den Gerichtssälen.

Aus den Augusturteilen 1923.

Angelagt war der Arbeiter Friedrich Steier des Landfriedensbruchs und versuchten Tötungs. Am Abend des 15. August traf St. in einer Wirtschaft auf Wilhelm Schulze nahe der Hamburger Gänge die beiden als Kohlenarbeiter verkleideten Sipowen S. und H. Er glaubte in ihnen verdammte Seelen gefunden zu haben, denn er vertraute ihnen an, daß er am Tage vorher sich an den Unruhen beteiligt und „feste dazwischen gehalten“ habe. Es seien nach seiner Ansicht viel zu wenig Sipowen weggenommen worden. Er wies auf den ebenfalls sich in der Wirtschaft in Uniform befindlichen Sipowen S. hin. Dem wolle er nachher die Pistole fortnehmen und ihn dann niederstrecken. Er habe eine zu große Lust auf diese Art Menschen. Er entfernte sich auf einige Minuten aus der Wirtschaft, um angeblich sich Zigaretten zu kaufen. Draußen ließ er einen Riff aus, der vermutlich als ein Signal gelten sollte. Beim späteren Fortgehen der drei Personen sahen sie sich plötzlich von etwa 10 Mann umringelt. St. entsetzt dem Sipowen S. die Pistole und gierte auf ihn. A gelang es jedoch, ihm die Waffe zu entreißen, bevor ein Unglück geschah. St. lag es vor, zu entweichen, doch S. fandte ihm die Waffe zu seiner Verteidigung die Sache zu demütigen und behauptet, daß die verkleideten Sipowen beabsichtigten, ihren Kollegen niederzuschlagen. Der Staatsanwalt beantragte eine Justizstrafe von 6 Jahren. Das Gericht geht bedeutend herunter und verurteilt St. zu 18 Monaten Justizhaus wegen schweren Landfriedensbruchs. Der Beweis für eine Abicht der Tötung konnte nicht erbracht werden.

Strafteilung 12.

Zur Zeit der landwirtschaftlichen Ausstellung in Hamburg hatten die gewerkschaftlichen Tischbedienten ihre blühende, goldene Zeit. Zwei gemeinsam arbeitende Tischbedienten, der Ehegatte Karl Horst und der Ungar Gabriel Kahl, konnten in der Verhandlung des Schöffengerichts überführt werden, daß sie zwei Bier in der Gänge auf dem Perron der Straßenbahn die goldene Uhr aus der Tasche gezogen hatten. Der eine der Angeklagten war mit einer angedruckten Fledermaus in der Hand befaßt, die sich nach einigen Tagen bei dem Verstorbenen ebenfalls an der Hand bemerkbar machte. Beide Angeklagten bestritten, daß sie gemeinsam „gearbeitet“ haben; sie wollen sich beide gar nicht kennen. Das Gericht stützt sich aber auf die Aussagen der noch innesstehenden Zeugen und auf die dramatischen Ueberführungsmomente und verurteilt Kahl, weil wegen ähnlicher Verurteilung zweimal bestraft, zu 1 Jahr Justizhaus, den noch unbefragten Horst zu 6 Monaten Gefängnis.

Kleine Chronik.

Das Gift in der Abendstunde. Der 28 Jahre alte Viehhändler — und Bauernsohn Georg Joll von Oberndorf bei Reustadt a. d. R. hat sein Vater des Mordes beim Viehverkauf verurteilt. Gelder unterzogen und verurteilt. Da der Sohn deswegen vom Vater immer Vorwürfe bekam und weil er sich erben wollte, um dann frei schalten und walten zu können, beschloß er, seinen Vater aus dem Wege zu räumen. Zu diesem Zwecke schüttete Georg Joll am Karntagabend in die für seinen Vater gemachte Suppe eine starke Messerspitze voll Sulfidat. Der alte Joll aß von der Suppe einige Köpfe, ließ aber dann, als er heftiges Brennen im Halse verspürte, den weiteren Genuß ab und trank sofort große Mengen Milch. Dieser Milchgenuß be-

wirkte heftiges Erbrechen und rettete so den alten Joll vor dem sicheren Tode. Bei der jetzigen Gerichtsverhandlung äußerte ein Sachverständiger, daß die Menge des in die Suppe geschütteten Sulfidats geeignet gewesen sei, den Tod von 18 Personen herbeizuführen. Georg Joll wurde wegen verdächtigen Mordes zu drei Jahren Justizhaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt.

Korridor im Flugzeugverkehr. Der durch seine Landung in Berlin unter den Linden bekannte Pilot Naab flieg Freitag nachmittag vor dem Fabrikator der Dietrich Gobiet Flugzeugwerke in der Sämannstraße in Rassel nach kurzen Start zu einem Rundflug über Rassel auf und landete später glatt vor der neuen Flughalle in Rassel-Bahnhof. Dies ist der erste gelungene Abflug eines Passagierflugzeuges von der Straße einer Stadt.

Ein Großfeuer vernichtete die Dampfmaschinenwerkstatt in Raldis bei Halle. Sämtliche Werkzeuge sind vollständig vernichtet. Ein Schuß durchs Fenster tötete am 8. Februar dieses Jahres den Landwirt Wilhelm Schulze in Plattow im Kreise Lebus. Er lag mitten im Zimmer am Tisch und las die Zeitung, als er den tödlichen Schuß erhielt. Der achtfache Sohn lag nach der Gerichtsverhandlung und teilte mit, daß der Vater sich erschossen habe. Der Knabe hatte vorher gesehen, daß sein Vater auf ein Geschäß hin mit einer Laterne und dem Revolver auf den Hof gegangen war, aber nicht gemerkt, daß er die Waffe wieder auf den Schrank gelegt hatte. So dachte auch alle Leute zunächst an Selbstmord, bis man ein Loch in der Fensterscheibe und den Revolver auf den Schrank fand. Jetzt war ein Wort offensichtlich. In die dunkle Sache wollte kein Licht kommen. Vor einiger Zeit erhielt ein Berliner Kommissar nachträglich den Auftrag, sie aufzuklären. Er fuhr mit einigen Beamten hinaus, nahm nach dreistündigen Ermittlungen an Ort und Stelle den Siefel des Ermordeten Otto Lange und seinen Frey und Max D. h. h. e. sagte ihnen die Tat auf den Kopf zu und nahm sie trotz ihres Leugnens gleich mit nach Berlin. Auch hier bestritten sie zunächst in allen Verhören die Täterschaft, gaben aber unter der Zeit des Beweismaterials endlich zu, daß sie doch die Täter waren. Lange wollte die Täterschaft seines Schwärmers haben und diesen zum Tode befähigen. Während am Abend alles bei einem Vergnügen war, schickte ihn die beiden auf das Gefäß Schulzes. Lange stellte sich unter das Fenster, D. h. e. legte ihm den Leichnam auf die Schulter, gierte nach dem Hinterrück des abmurrigen Mannes und drückte ab. Nach dem umfänglichen Bedürfnis hat sich Lange in der Nacht im Polizeigeneserium mit seinem Handtuch erhängt.

Der Brand in Messina. Die römische Zeitung Messagero beklagt es, daß so viele Jahre nach dem Erdbeben behördlicherseits noch nichts geschehen sei, die Bevölkerung aus den lebensgefährlichen Veranden zu befreien. Nur der Erzbischof von Messina habe in dieser Beziehung weit über seine Schuldigkeit hinaus seiner Pflicht genügt. Die neue Feuerbestattung hat, wie mitgeteilt, u. a. 250 Wohnveranden zerstört. Nun hat die Regierung eine Hilfsmaßnahme beschlossen, indem sie 25 Millionen zum Bau von Wohnungen für die Bevölkerung der Veranden von Messina zur Verfügung stellte und 1 Million für die notwendigen Bedürfnisse, ebenso Hilfsmaterial, das als Wohngelegenheit dienen kann.

Sprechsaal.

Obersterprojekte und Volksgeundheit.

Wie wir hören, soll Herr Westhoff in Klein-Vorfeld seine Koppel an der Alster zwecks Anlage von Saunabädern veräußern haben. Die Genehmigung der Baupolizei zu den Bauten soll bereits vorliegen. Wir wissen, daß Herr D. bisher in äußerst duldiger Weise allerlei Belästigungen hat über sich ergehen lassen. Und wenn er sich ihnen nun durch die Verpachtung zu entziehen sucht, so soll ihm das nicht berechtigt werden. Die Koppel hat bisher an Sonntagen ungenutzten Menschen aus dem Schatten der Großstadt als Sonnenbad gedient, als einer der wenigen Plätze, die ihnen noch geblieben sind. Immer mehr wird der Großstädter von der Natur abgegrenzt und auf die ständige Landstraße und zwischen die Autos gedrängt. Da muß ihm schon vornehmlich angeboten werden sein. Siedlerreisen dürfen hier nicht maßgebend sein. Sowie wird das Neben der Volksgeundheit zu Grunde und es würde schließlich eine Seelenlage kommen, so sehr man die Gesundheit für den Weltverstand sehen möchte. Regieren heißt voraussagen und dementsprechend handeln, aber nicht sich in die Zukunft hineinfinden. Es ist schon zu viel gesündigt worden in vergangenen Zeiten, indem veräußert wurde, das Mittel der Bevölkerung Hamburgs als Park zu sichern. Die Volksgesundheit sollte nicht den Tieren spielen, die Reize der Dummheit zu trinken. Es wäre ja möglich, daß nur ein Gedicht uns nützt. Aber dann wollen wir gern die Heringsfallen sein. Dann sollte es uns freuen, wenn die in Frage kommenden Verwaltungsgremien einmal ein Auge auf den gegenüberliegenden Fußsüßler Uferzweigen werfen wollten, der infolge Landbauveränderung und Verpachtung immer ungenutzter zum Luftschiff wird. Uns scheint, da wäre durch ein paar

Drainageröhren, die den etwas hinter dem Ufer liegenden Sümpfen das Wasser abziehen, so daß keine Grubenbildung eintritt, viel zu machen. Die Behörden in finanzieller Hinsicht wären vielleicht zu überwinden, falls der Staat auf dem besagten Gelände ein Volkssonnenbad anlegen und Eintrittsgeld erheben würde (bis bessere Zeiten kommen). Die Einweihung könnte dann ja am Tage der Reichstagsfeier erfolgen.

Zur Tarifierhöhung bei der Hamburger Hochbahn.

Seitdem die Hamburger Hochbahn ihre Absicht zu erkennen gegeben, in nächster Zeit einen Antrag auf Tarifierhöhung zu stellen, regen sich von allen Seiten die mehr oder weniger daran Interessierten und bedürfen, gegen eine eventuelle Tarifierhöhung Stellung zu nehmen. Die Gründe, die gegen eine Tarifierhöhung angeführt werden, sind noch dieselben, wie man sie schon längst gehört hat; woraus ich folgere, daß man sich die Sache so leicht wie möglich macht. Daß aber die von verschiedenen Seiten angeführten Argumente zum Ausmaß der Verkehrsverhältnisse ohne Tarifierhöhung nicht genügen, das möchte ich feststellen, bevor ich mich zu der Überzeugung erlaube, daß die Tarifierhöhung die Sache in meinem Sinn geklärt habe. Warum möchte ich nicht sagen, daß ich an der Niedrighaltung des Tarifes sehr interessiert bin, aus reinem Eigennutz, wie viele andere auch. Denn erstens bin ich auch kein Freund von Mehrzöhlen und zweitens möchte ich die kleinen täglichen Freuden nicht missen. Freuden, die ich — es mag sehr bescheiden anmuten — mir seit circa 9 Monaten aus dem Friedensfahrpreis der Hamburger Hochbahn herauskonstruiert habe. Und gerade hier liegt der Alumnationspunkt des freizeithabenden Problems. Seit 9 Monaten gestattet mir die Hamburger Hochbahn A. G. zum Friedensfahrpreis zu fahren, trotz der vielen Gründe, die ihrerseits schon längst für eine Tarifierhöhung geltend gemacht worden sind. Daß das nicht geschehen ist, ist ein besonderes Verdienst der Hamburger Hochbahn und vielleicht ist der praktischen Organisation des Betriebes begründet. Letzteres schreibe ich aus hin und wieder auftauchenden Begründungen über Fahrpreise in andere Großstädte. Und deshalb wollen wir mal ganz ehrlich sein und uns keine Illusionen vormachen. Es ist meiner Ansicht nach doch wohl sehr gewagt, ohne weiteres zu sagen, daß eine Tarifierhöhung bei der Hochbahn als treibende Kraft betrachten auf die ganze Wirtschaft wirkt. Ich behaupte und habe dafür stichhaltige Gründe, daß die Hochbahn erhöhte Tarife ins Auge fassen muß, weil fast die ganze übrige Wirtschaft mit ihren Preisen und Kostenberechnungen immer noch weit über dem Friedensstand sich befindet. Und deshalb dürfte es logischerweise nur denjenigen Wirtschaftsklassen gestattet sein, gegen die Absichten der Hochbahn Stellung zu nehmen, die wie diese seit 9 Monaten endlich und energig durchgesetzt werden, zum Friedensstand zu arbeiten und zu liefern. Sowie ist jedenfalls sicher, daß, wenn ich nachhaken, um mit der Bahn zu fahren, tiefer in denbeutel greifen muß, ich dafür andere Kreise verantwortlich machen muß und nicht die Hamburger Hochbahn; und so werden, glaube ich, mit mir noch viele andere denken. Kr.

Aus dem Hamburger Parteileben.

Eine Frauen-Mitglieder-Verammlung am 10. Juli im „Winterhuder Kaffeehaus“ war der Besprechung des 218. gewidmet. Als Referent war Genosse Dr. Stiebel erschienen. Er zeigte in kurzen Umrissen die Strenge des Gefechtes. Gab Aufklärung über Fälle (Tuberkulose, Mierleiden, Krämpfe, zu starkes Erbrechen usw.), die dem Arzt gestatten, eine Schwangerschaftsunterbrechung vorzunehmen, ohne mit der Gerichtspraxis in Konflikt zu kommen, und führte weiter in feiner, sozial-empfindlicher Art aus, daß gerade von den verantwortungsvollen Frauen das verantwortliche Denken das Unterbrechung nicht reicht, daß man kurzfristigen geradezu in die Hände spielt. Solange 218 noch besteht, heißt es vorbeugen! Ueber die Sterilisation sagte Dr. Stiebel, sie sei nicht verboten, nicht gefährlicher als jede andere Operation auch, dennoch sei ein solcher Eingriff sehr zu überlegen. Die Beteiligung an der Diskussion war reg. Man stellte Fragen, besonders wies eine Genossin darauf hin, daß der Staat von uns die Mutterpflicht verlangt, ohne sich Gedanken darüber zu machen, ob wir sie auch erfüllen können. Nicht Gründe der Bequemlichkeit, nicht Gründe der Eitelkeit oder sonstige Gründe sind es, die uns Frauen den Kampf um den verantwortlichen 218 aufnehmen lassen, sondern Gründe bitterer Notwendigkeit. Die Diskussion erbrachte den Beweis, mit welchem Ernst Frauen solche Themen behandeln wissen wollen. Im Schlußwort betonte Dr. Stiebel, daß ihn die Diskussion gefreut und daß er das Empfinden habe, mehr gewonnen als gegeben zu haben. Das Schlußwort klang weiter dahin aus: Fort mit dem unermühtigen, angeduldeten und händeligen 218! Die Verammlung sprach dem Genossen Dr. Stiebel ihren Dank aus. Wir möchten sehr begrüßen für die Partei.



Das erste Gebot

für ein richtiges Waschen ist die richtige Wahl des Waschmittels.
Nehmen Sie

PERSIL

Hier haben Sie das ideale Waschen. Die Wäsche wird einfach kurze Zeit gekocht und ist sauber und fleckenrein! Nur müssen Sie, um eine vollen der schöne Wirkung zu haben und nicht unnütz Geld auszugeben Persil allein und ohne Zusatz verwenden und folgendes beachten:

1. Kalt auflösen; ein Paket auf 2½—3 Eimer Wasser.
2. Die Wäsche in die kalte Lauge legen und langsam kochen lassen; eine Viertelstunde Kochdauer genügt.
3. Gründlich ausspülen, zuerst gut warm, danach kalt.

Der Erfolg: halbe Arbeit, billiges Waschen und eine blütenweiße, frischduftende Wäsche!



Nur in Originalpaketen. Persil Preis das Paket 45 Pfennig.

Kleine Anzeigen.

Bekleidung
Getragene
und neue Garderoben jeder Art kaufen Sie gut u. billig stets bei **Gebr. Preetz** Wegstr. 8 (am Kr. 5) Stadtbekannt. Haus (Ständiger Anlauf).

Möbel
Patent-Rahmen 7
Engl. Bettstellen 16
Kleiderschrank 35
Chais. 12, 15, 18
Eigene Fabrikation.
Diederichstr. 23

Wie ist's möglich,
daß Möbel-Kähler munderbare Speisezimmer, echt eichen Büfett, Kredenz, Jugtisch, 6 Stühle und 2 Sessel für nur 685,— M. liefern kann?
Weil
er selbst fabriziert und direkt verkauft.
Fabrik und Ausstellungsräume
Hamburgerstr. 61, **Barmbeck.**

Betten,
Bettfedern, Daunendecken, Inletts, Metallbett, Matratzen, sehr billige Preise.
Herzfeld, Altona, Gählersplatz 3.
Namen beachten!

Pianos
preiswert, a. i. Teilzahlung oder Gegen.
Harmoniums
a. m. Selbstspielapparat.
Wetzel,
Fallerstraße 1.
Gegr. 1879.

Vermischtes
Alte Gebisse,
Platin, Bronzestift, Gold, Silber kaufte **August Wist,**
Rosenstrasse beim Hauptbahnhof, Zahnräder, neu u. gebräucht, für Dam. u. Herr., spottb. u. ver. Röss, Grindelhof 59, (Eleg. Str. 16, Klipp. u. Verd. 15, Bromweg. b. Vereinsstr. 49, H. v. r.)

Kleiderreste
in reich. Auswahl ständig am Lager
Arthur Crusius
Habe Bleichen 17 gegenüber Axion.

Alte Gebisse,
Platin, Bronzestift, Gold, Silber kaufte **August Wist,**
Rosenstrasse beim Hauptbahnhof, Zahnräder, neu u. gebräucht, für Dam. u. Herr., spottb. u. ver. Röss, Grindelhof 59, (Eleg. Str. 16, Klipp. u. Verd. 15, Bromweg. b. Vereinsstr. 49, H. v. r.)